TOP 3.7.1

Budgetanalyse - Kurzfassung

TOP 3.7.2

Abgabenrechtliche Behandlung von Corona-Prämien

TOP 3.7.3

Pendlerpauschale in Zeiten von Kurzarbeit und Home-Office

TOP 3.7.4

**Corona und Lkw-LenkerInnen
(Ausnahmen Ruhezeiten, Fahrverbote)**

TOP 3.7.5

EU-Kommission: Länderbericht Österreich 2020

TOP 3.7.6

Beihilfenbeschwerde gegen Slowenien wegen Sozialdumping

TOP 3.7.7

**AK Erfolg bei digitaler Vignette und
geringfügigen Mautvergehen**

TOP 3.7.8

170 Arbeitsplätze bei SECOP in Fürstenfeld gerettet

TOP 3.7.9

Aktueller Bericht

BUDGETANALYSE – KURZFASSUNG

Wohlsstandsorientierte Gesamteinschätzung

Der **Budgetentwurf 2020 wird von der CoViD-19-Krise überschattet** und war in einigen Teilen bereits zum Veröffentlichungszeitpunkt Makulatur. Die Gesundheits- und Wirtschaftskrise bewirkt unvermeidlich einen Rückgang des Wohlstandes und eine Verschlechterung des öffentlichen Budgetsaldos. In der Zwischenzeit wurde das Volumen der Maßnahmen zur Bekämpfung der aktuellen Krise von 4 auf 38 Mrd Euro erweitert. Diese rasche Nachbesserung war vernünftig, um Gesundheitssystem und Einkommen zu stabilisieren und die Produktionskapazitäten während des Lockdowns zu sichern. Trotz der stabilisierenden Wirkung des öffentlichen Sektors und der Maßnahmen der Politik bewirkt die CoViD-19-Pandemie einen markanten Einbruch der Wirtschaftstätigkeit, der zu einer Rekordverschlechterung des Budgetsaldos führen wird. Angesichts eines Zinssatzes nahe null ist der neuerliche markante Anstieg der Staatsschuldenquote jedoch verkraftbar.

Viel problematischer als der Rückgang von Produktion und Einkommen im Allgemeinen ist die **starke Konzentration der Einkommensverluste auf manche sozialen Gruppen**: In besonderem Ausmaß betroffen sind vor allem Arbeitslose und kleine Selbständige bzw SchülerInnen aus bildungsfernen Haushalten und junge Erwachsene am Sprung in die Erwerbstätigkeit. Sie erleiden unmittelbar erhebliche Einkommensverluste und ihre Einkommenserzielungschancen sind auch langfristig beeinträchtigt – trotz der abfedernden Maßnahmen des Sozialstaates. Gleichzeitig hat sich in der Krise gezeigt, dass individuelle Einkommen nicht alles sind, sondern gesellschaftliche Möglichkeiten – das **soziale öffentliche Gesundheitssystem und der Sozialstaat im Allgemeinen** – gerade für jene von elementarer Bedeutung sind, die es wirtschaftlich nicht so leicht haben.

Die **Budgetpolitik** entscheidet über die Verteilung der Krisenlasten. Sie muss die Weichen nun so stellen, dass parallel zur schrittweisen Rücknahme des Lockdowns wirtschafts- und beschäftigungspolitische Maßnahmen gesetzt werden, die die mittel- und längerfristig negativen Folgen des Wirtschaftseinbruchs eindämmen und soziale Verwerfungen verhindern. Ihr **wichtigstes Ziel** muss es sein, die **Arbeitslosigkeit** im Jahr 2021 zumindest **wieder auf das Niveau des Jahres 2019 zu reduzieren**. Eine baldige Erholung des Arbeitsmarktes würde auch die Budgetsituation wieder verbessern – wenngleich eine rasche Rückkehr zu einem Budgetüberschuss auch in Hinblick auf andere gesellschaftliche Herausforderungen kein vernünftiges Ziel ist. Um ein ambitioniertes Ziel in der Bekämpfung des gesellschaftlichen Übels der Arbeitslosigkeit zu erreichen, ist ein Investitionsprogramm ebenso notwendig wie ein Ausbau öffentlicher Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme sowie die konsequente Beschäftigungsausrichtung aller Politikbereiche. Gleichzeitig muss die Krise den Ausgangspunkt **für einen sozioökologischen Umbau bilden**, der **Sicherung und Ausbau des Sozialstaates, gerechte Verteilung – auch bezahlter und unbezahlter Arbeit – und ökologische Nachhaltigkeit** in den Mittelpunkt stellt, kurzum sich am Wohlstand der breiten Masse der Bevölkerung orientiert.

Ein **öffentliches Investitionsprogramm** soll Beschäftigung schaffen und die österreichische Wirtschaft für die großen sozialen und ökologischen Herausforderungen der Zukunft wappnen. Es soll die Verbesserung und Ausweitung der Kapazitäten des Gesundheits- und Pflegesystems – auch unter dem Gesichtspunkt der Vorsorgehaltung medizinischer Leistungen und Güter – ebenso umfassen wie den Ausbau der Schiene und der Radinfrastruktur, die Umrüstung der öffentlichen Fahrzeugflotte auf E-Mobilität und die thermische Sanierung von Gebäuden. Speziell für Gemeinden, deren Möglichkeiten zur Einnahmgestaltung und Schuldenaufnahme eingeschränkt sind, soll ein auf Klimaschutzmaßnahmen fokussiertes Sonderinvestitionsprogramm des Bundes im Umfang von 700

Mio Euro starten. Sonderabschreibungen, Öko-Förderungen und öffentliches Risiko-Eigenkapital sollen zudem private Zukunftsinvestitionen beleben.

Wesentlich für die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten sowie für den Wohlstand der Bevölkerung ist zudem der rasche **Ausbau öffentlicher sozialer Dienstleistungen**. Besonderer Bedarf besteht im Bereich der Gesundheit, der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der Pflege, der Kindergärten und Krippen sowie im Bildungsbereich. Zudem ist es notwendig, der Gefahr des Anstiegs von Armut und Armutsgefährdung aktiv zu begegnen. Armut ist in unserer reichen Gesellschaft inakzeptabel. Oft hängt sie mit nicht ausreichender Integration in den Arbeitsmarkt zusammen. Höhere Nettoersatzraten in der Arbeitslosenversicherung, vor allem aber konkrete und zielgerichtete Beschäftigungsprogramme für benachteiligte Gruppen und eine Neukonzipierung der Sozialhilfe (Mindestsicherung) sind dringend notwendig.

Eine primär nationalstaatliche Finanzierung der Maßnahmen zur Ausstattung des Gesundheitssystems, der sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierungsmaßnahmen sowie der für die wirtschaftliche Erholung notwendigen Investitionen ist jedoch ungenügend. Unter gesundheits- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten ist es außerordentlich gefährlich, wenn die einzelnen EU-Mitgliedsländer über unterschiedlich große Spielräume für Gegenmaßnahmen verfügen. Zusätzlich brauchen wir deshalb weitere **Stabilisierungs-, Finanzierungs- und Investitionsmöglichkeiten auf EU-Ebene**, damit aus der Gesundheits- und Wirtschaftskrise keine Finanz- und Eurokrise wird. Die derzeit diskutierten – zeitlich, nach Volumen und auf den Zweck zur Bewältigung der unmittelbaren Kosten des Gesundheitssystems und der wirtschaftlichen Erholung beschränkten – „Corona-Bonds“ und „European Recovery Bonds“ sind deshalb grundsätzlich zu begrüßen und für die EU wie Österreich auch wirtschaftlich vernünftig. Sollte es zu einer neuerlichen Bankenkrise kommen, sind Rekapitalisierungsmaßnahmen nur unter strengen Auflagen (Beschränkung von Dividendenzahlungen und Boni), Beteiligung an den Gewinnen nach der Rettung und finanziert durch EU-Mittel durchzuführen. Schließlich gilt es auf EU-Ebene die Verhandlungen um den mittelfristigen Finanzrahmen bis 2027 für eine stärkere sozial-ökologische Ausrichtung und Unterstützung einer Aufwärtskonvergenz zwischen den Mitgliedstaaten zu nutzen anstatt eine kurzsichtige und engstirnige „Nettozahler“-Position zu verteidigen.

Mittelfristige ausgabenseitige Strukturreformen nicht aus dem Blick verlieren

In der **Arbeitsmarktpolitik** hat kurzfristig die Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen in Zusammenhang mit CoViD-19 die höchste Priorität. Hierfür ist die Kurzarbeit weiter zu finanzieren und ein Ausgleiten mit einer Verkürzung der Arbeitszeit anzudenken. Für alle, die jetzt von Arbeitslosigkeit betroffen sind, braucht es existenzsichernde Leistungen: eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe auf eine Nettoersatzrate in der Höhe von 70 % (Kosten 1 Mrd Euro), dies nimmt Existenzängste und stützt den Konsum. Gerade jetzt, aber auch in weiterer Folge darf auf die aktive Arbeitsmarktpolitik nicht vergessen werden. Zusätzliche Mittel werden für Maßnahmen wie die Chance 45 für ältere Arbeitslose, das Qualifizierungsgeld und zusätzliche MitarbeiterInnen (+500) für das AMS dringend benötigt. Ebenso mehr Mittel braucht es für die Überbetriebliche Lehre, denn die Jugendarbeitslosigkeit wird ansteigen, während das bereits vor der Krise zu geringe Angebot an Lehrstellen weiter sinkt. Erfolgreiche **Klimapolitik** muss vor allem auf nachhaltige Alternativen zu CO₂-intensiven Produktions- und Konsumweisen sorgen. Zentral sind öffentliche Angebote, allen voran die Attraktivierung des Schienenverkehrs. Wirtschaftliche Aktivitäten des öffentlichen und des privaten Sektors müssen nachhaltig gestaltet werden, ohne dabei die Effektivität der Maßnahmen aus den Augen zu verlieren. Vor allem im Regierungsprogramm angekündigte Klimamaßnahmen mit hoher Beschäftigungswirkung – zB Ausbau der Bahn, der erneuerbaren Energiegewinnung, der Fernwärme- und Kälteleitungen und der Radwege sowie thermische Sanierung – sollten nun rasch umgesetzt bzw. vorgezogen werden.

Die Zusammenführung der Förderung frühkindlicher **Bildung** im Bildungsressort ist im Sinn einer besseren Steuerung zu begrüßen, allerdings fehlt die im Regierungsprogramm in Aussicht gestellte "substanzielle Aufstockung" des Angebots. Ebenso offen bleibt der Einstieg in eine indexbasierte bedarfsorientierte Mittelerhöhung von Schulen mit großen Herausforderungen, wie er im Regierungsprogramm angekündigt und von der AK seit Jahren gefordert wird. Damit besteht die Gefahr, hier ein weiteres Schuljahr zu verlieren, obwohl die Corona-Krise bestehende soziale Benachteiligungen nochmals verschärft hat. Hier sind noch für diesen Herbst Weichenstellungen notwendig. Verbesserungen sind im Bildungsbereich darüber hinaus beim lebenslangen Lernen, den Fachschulen sowie den Beihilfen für SchülerInnen und Studierende dringend.

Die aktuelle Krise hat uns eindringlich vor Augen geführt, wie wichtig eine funktionierende **Gesundheitsversorgung** ist. Nun heißt es die richtigen Lehren zu ziehen, damit auch künftig die Handlungsfähigkeit gesichert und die Resilienz erhöht werden kann, also beispielsweise mehr Personal, ausreichende Kapazitäten und verfügbare Hilfsmaterialien. Parallel dazu sind die Krankenversicherung mit Fusions- und Harmonisierungskosten aufgrund der Zusammenlegung der SV-Träger und Beitragsausfällen (reduzierte Lohnsumme, Stundungen der Beiträge von Unternehmern) konfrontiert. Dies macht eine Ausfallhaftung des Bundes für die Krankenversicherung bis jedenfalls 2022 notwendig, da die SV-Träger andernfalls zu Kürzungen oder Selbsthalten verpflichtet wären.

Nach Jahren der Ankündigungen brauchen wir endlich ein nachhaltiges Konzept für das Pflegesystem. Im Vordergrund muss die Attraktivierung der Angebote und der Arbeitsbedingungen stehen: 20 Prozent mehr Personal in den Pflegeheimen, bereits heuer mehr Ausbildungsplätze, Verbesserung der mobilen Dienste mit Abschaffung der Selbstbehalte, Ausweitung der psychosozialen Angehörigenberatung. Die budgetären Mehrkosten von rund 600 Millionen Euro können mit einer Erbschafts- und Schenkungssteuer vollständig finanziert werden.

Das im Regierungsübereinkommen festgehaltene Ziel, **die Armut in Österreich zu halbieren**, gewinnt durch die CoViD-19-Krise nochmals an Bedeutung und Dringlichkeit. Anhaltende Arbeitslosigkeit ist eine der wichtigsten Ursachen von Armut, die hier geforderten Maßnahmen zum raschen Abbau der Corona-Arbeitslosigkeit sind deshalb auch wichtig, um Armut vorzubeugen. Für die aktive Bekämpfung bestehender Armut ist eine Ausweitung von Geld- und Sachleistungen notwendig. Die 30 Mio Euro für den „Corona-Familienhärtefonds“ bleiben ein Tropfen auf den heißen Stein; sie sollten zu einem allgemeinen Sozialnotfonds ausgeweitet und um eine Anhebung der Ausgleichszulage, eine „Kindergrundsicherung“ sowie eine armutsfeste Mindestsicherung ergänzt werden. Ohne einen **umfangreichen Ausbau sozialer Sachleistungen** bleibt Armutsbekämpfung Makulatur. Bessere Ausstattung mit Kindergärten, Schwerpunktsetzungen, um das Bildungssystem sozial durchlässiger zu machen, Investitionen in den sozialen Wohnbau sowie mehr Angebote in psychosozialer Betreuung und Sozialarbeit sind notwendig.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern spielt weder in der budgetären Gesamtausrichtung des BVA-E noch in den CoViD-19-Maßnahmenpaketen eine nennenswerte Rolle. In den Budgetunterlagen findet sich die im Regierungsprogramm festgehaltene Zeitverwendungsstudie nicht. Neben dem fehlenden politischen Willen, zeigt dies auch die Schwachstellen in der Umsetzung des Gender Budgeting in Österreich. Zur Verbesserung braucht es eine budgetäre Gesamtstrategie zur Gleichstellung der Geschlechter.

Krisenkosten finanzierbar, Senkung der Abgabenquote nicht vernünftig

Die hohen Kosten des Wirtschaftseinbruchs, der zur Bekämpfung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der CoViD-19-Pandemie notwendigen Maßnahmen sowie der umfangreichen beschäftigungspolitischen und investiven Programme zur sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Erneuerung benötigen Finanzierung. Die niedrigen Zinssätze auf Staatsanleihen sind hierbei

außerordentlich hilfreich. Die im Regierungsübereinkommen beabsichtigte **Senkung der Abgabenquote** ist hingegen angesichts der Vielzahl an Herausforderungen für die nächsten Jahre **budgetär undenkbar und wirtschaftlich kein vernünftiges Ziel**. Dies nicht zuletzt deshalb, weil damit verteilungs- und wirtschaftspolitisch gefährliche Kürzungen bei Gesundheits-, Sozial- und Bildungsausgaben des Staates drohen. Eine wichtige Lehre der CoViD-19-Krise ist vielmehr, dass ein auch finanziell starker und handlungsfähiger Sozialstaat eine wichtige Voraussetzung darstellt, externe Schocks wirtschaftlich gut zu bewältigen und die Krisenlasten nicht den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft aufzuhalsen. In dieser wirtschaftlichen und sozialen Situation wäre es inakzeptabel, die von der Bundesregierung geplanten steuerlichen Förderungen für die oberen 100.000 zu realisieren – allen voran die undifferenzierte Senkung des Körperschaftsteuersatzes. Vielmehr besteht Anlass, einen Lastenausgleich im Wege des Steuersystems vorzunehmen. Dies bedingt **höhere und progressive Abgaben für BesitzerInnen großer Vermögen und BezieherInnen hoher Erbschaften und Einkommen** sowie die politische Notwendigkeit, endlich eine harte Haltung gegenüber der notorischen und gesamtwirtschaftlich außerordentlich schädlichen Steuerflucht auch in europäische Steuersümpfe einzunehmen. Dies wäre auch ein wesentlicher Schritt in Richtung der notwendigen Strukturreform des Abgabensystems, die Vermögen und Umweltverbrauch stärker und Arbeitseinkommen weniger stark besteuert.

TOP 3.7.2 Abgabenrechtliche Behandlung von Corona-Prämien

1. Steuer- und SV-Freiheit für Zulagen & Bonuszahlungen aufgrund der Corona Krise

Mit dem 3. COVID-19-Gesetz wurde im § 124b Zi 350 EStG auch geregelt, dass Zulagen und Bonuszahlungen, die aufgrund der Corona Krise im Jahr 2020 geleistet werden bis zu 3.000 Euro (pro ArbeitnehmerIn) steuer- und SV-frei sind. Es muss sich dabei um zusätzliche Zahlungen handeln, die ausschließlich zu diesem Zweck geleistet werden und üblicherweise bisher nicht gewährt wurden. Dabei erhöhen die Zahlungen nicht das Jahressechstel gemäß § 67 Abs 2 und werden nicht auf das Jahressechstel angerechnet, dh diese Zahlungen haben keinen Einfluss auf andere Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Jubiläumsgeld ...).

2. Stand der Verhandlungen

In den Erläuterungen wurde die Steuerfreiheit mit den außergewöhnlichen Leistungen der Beschäftigten in den sogenannten systemrelevanten Bereichen begründet und angeführt, dass Bonuszahlungen und Prämien in diesem Zusammenhang steuerfrei (und beitragsfrei) gestellt werden sollen. Eine **Einschränkung auf systemrelevante Beschäftigte lässt sich nicht aus dem Gesetzestext ableiten**. Hier wird lediglich der Zusammenhang mit der COVID-19 Krise verlangt. Diese **Auffassung vertritt (mittlerweile) auch das Finanzministerium**.

3. Position/Forderung der AK

Die AK begrüßt diese Regelung, die als leicht administrierbare Maßnahme geeignet ist, die durch die Corona Krise unerwartet aufgetauchten Mehrbelastungen für Arbeitnehmerinnen entsprechend vergüten zu können. Wichtig war, dass die Maßnahme befristet wurde für 2020.

TOP 3.7.3 Pendlerpauschale in Zeiten von Kurzarbeit und Home-Office

1. Das Pendlerpauschale

Die Kosten für die Fahrt von der Wohnung zur Arbeitsstätte sind für ArbeitnehmerInnen steuerlich grundsätzlich mit dem Verkehrsabsetzbetrag in Höhe von 400 € jährlich abgegolten. Bei erhöhten Fahrtkosten (längere Entfernung, keine öffentlichen Verkehrsmittel verfügbar) besteht zusätzlich Anspruch auf das Pendlerpauschale (samt Pendlereuro). Das Pendlerpauschale beträgt je nach Entfernung und Möglichkeit der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel zwischen 58 € monatlich und 306 € monatlich. Das Pendlerpauschale ist ein Steuerfreibetrag und mindert die Steuerbemessungsgrundlage. Die tatsächliche Steuerersparnis hängt vom Grenzsteuersatz (25 bis 55 %) ab. Zusätzlich gibt es den Pendlereuro in Höhe von 2 € pro Kilometer und Jahr. Dieser ist ein Absetzbetrag und wirkt in voller Höhe steuermindernd.

2. Auswirkungen

Die Höhe des Pendlerpauschales hängt von der Entfernung Wohnung – Arbeitsplatz, von der Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel und der Anzahl der Arbeitstage ab. Anspruch auf das volle Pendlerpauschale besteht dann, wenn diese Strecke (hin und zurück) zumindest an 11 Tagen im Monat zurückgelegt werden. Bei 8 bis 10 Arbeitstagen steht das Pendlerpauschale zu zwei Dritteln zu und bei 4 bis 7 Arbeitstagen besteht Anspruch auf ein Drittel des Pendlerpauschales. Krankenstand und Urlaub sind allerdings nicht schädlich und ändern am grundsätzlichen Anspruch nichts.

Durch die COVID-19 Krise befinden sich viele Beschäftigte in Kurzarbeit oder üben ihre Tätigkeit im Home-Office aus. Beschäftigte mit Anspruch auf das Pendlerpauschale, die sich in Kurzarbeit oder im Home-Office befinden, würden somit in den meisten Fällen, das Pendlerpauschale vollständig oder zumindest teilweise verlieren und Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, obwohl die Fahrtkosten in nahezu unveränderter Höhe anfallen (Jahreskarten für öffentliche Verkehrsmittel, Fixkosten für Fahrzeuge...).

3. Gesetzliche Rahmenbedingungen

Mit dem 3. COVID-19 Gesetz wurde auch geregelt, dass das Pendlerpauschale auch wenn die Strecke Wohnung-Arbeitsstätte nur aufgrund der derzeitigen COVID-19-Krise (Kurzarbeit, Telearbeit, Dienstverhinderungen iZm COVID-19) nicht mehr bzw nicht an jedem Arbeitstag zurückgelegt wird – wie zB auch bisher schon im Krankheitsfall – wie bisher berücksichtigt werden kann.

4. Position/Forderung der AK

Die AK begrüßt diese Änderung, die im Sinne der Beschäftigten ist. Die Notwendigkeit das Pendlerpauschale grundsätzlich zu reformieren und dabei auf eine Ökologisierung und soziale Ausgewogenheit zu achten, bleibt davon unberührt.

TOP 3.7.4 Corona und Lkw-LenkerInnen (Ausnahmen Ruhezeiten, Fahrverbote)

1. Beschreibung der Problematik

Im Bereich des Straßenverkehrs wurden auf Drängen der Wirtschaft zahlreiche Ausnahmen von gesetzlichen Regelungen im Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) durchgesetzt, die nur zum Teil mit der Corona-Notsituation begründbar waren. Die beiden wichtigsten Ausnahmen betrafen das Wochenend- und Feiertagsfahrverbot für Lkw über 7,5 t gemäß StVO sowie die Ausnahmen von Lenk- und Ruhezeiten nach der EG-Verordnung 561/2006. Zu letzteren hatte die Europäische Kommission auch eine Empfehlung an die EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Als Begründung wurde immer die Versorgung der Bevölkerung in der Corona-Notsituation ins Treffen geführt.

2. Auswirkungen

StVO – Straßenverkehrsordnung (Wochenend- und Feiertagsfahrverbot für Lkw): Hier wurde zunächst per mündlicher Erklärung einer Verkehrslandesrätin in Tirol dieses gesetzliche Lkw-Fahrverbot für das ganze Bundesgebiet aufgehoben. Per 5.4.2020 wurde dieser Zustand durch das 4. COVID-19 Gesetz legitimiert, daher kann die Frau Verkehrsministerin nunmehr durch Verordnung Ausnahmen für maximal sechs Monate erlassen. Die Ausnahmen gelten für alle Gütertransporte. Hier fand die AK noch kein Gehör.

KFG – Kraftfahrgesetz / EG-Verordnung 561/2006 (Lenk- und Ruhezeiten): Österreich hat am 20.3.2020 per Erlass die meisten Ausnahmen zu den Lenk- und Ruhezeiten unter den EU-Mitgliedstaaten im Bereich des Straßengütertransportes angemeldet. Neben der Ausdehnung der täglichen Lenkzeit auf 11 Stunden, sind vor allem das Hinausschieben der Lenkpausen auf 5,5 Stunden, die Verkürzungen der täglichen Ruhezeit auf 9 Stunden und der beinahe Halbierung der wöchentlichen Ruhezeit auf 24 Stunden zu nennen.

Durch den neuen Erlass gelten seit 11.4.2020 nur mehr die Ausnahmen bei den Lenkzeiten (11 Stunden/Tag, 60 Stunden/Woche, 100 Stunden in zwei Wochen), die Ausnahmen zu den Lenkpausen und Ruhezeiten wurden jedoch auf Drängen der AK zurückgenommen.

3. Stand der Verhandlungen

Die AK forderte:

- die Beschränkung der Ausnahmen nur auf Beförderungen essenzieller Güter zur Versorgung der Bevölkerung
- eine geringfügige Reduzierung der Ausnahmen für die Lenkzeiten
- keine Ausnahme bei der Lenkunterbrechung
- keine generelle Herabsetzung der täglichen Ruhezeit auf 9 Stunden
- keine Ausnahme bei den Regelungen zur wöchentlichen Ruhezeit

Seit 11.4.2020 ist ein neuer Erlass des BMK in Kraft, der alle Ausnahmen zu den Lenkpausen und zu den Ruhezeiten gestrichen hat. Im Interesse der Lkw-LenkerInnen, die in der derzeitigen Situation besonders wichtig für die Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung sind, ist das BMK hier den Forderungen der AK nachgekommen. Beim Wochenendfahrverbot bleibt die AK weiter am Ball.

4. Position/Forderung der AK

Die AK hatte ernste Bedenken gegen die Aufhebung des Wochenend- und Feiertagfahrverbotes für Lkw über 7,5 t und gegen die Ausnahmen zu den Lenk- und Ruhezeiten. Es wurde sowohl zum Wochenendfahrverbot als auch zu den Lenk- und Ruhezeiten gefordert, dass eine deutliche Reduktion der Ausnahmen aus Sicht der ArbeitnehmerInnen notwendig ist, denn wenn die FahrerInnen nicht übermüdet sind, sind sie besser geschützt, gewährleisten sie eine bessere Versorgungssicherheit der Bevölkerung und auch die Verkehrssicherheit wird erhöht.

Die AK hat weitere Forderungen:

Zur StVO wird im Bereich von Gütertransporten mehr Flexibilität bei der Festsetzung von Ausnahmen von Fahrverboten gefordert. Dazu sollen dringend erforderliche Beförderungen zur Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern bevorzugt behandelt werden. Nicht notwendige Transporte sollen weiterhin unter das Regime des Wochenend- und Feiertagsfahrverbotes gemäß § 42 fallen.

Im Bereich des KFG sollte eine Verordnungsermächtigung geschaffen werden, wonach die ZulassungsbesitzerInnen von Lkw und Bussen verpflichtet werden, ihren LenkerInnen die erforderliche Schutzkleidung, geeignete Atemschutzmasken und Handschuhe sowie Desinfektionsmittel in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen.

TOP 3.7.5 EU-Kommission: Länderbericht Österreich 2020

1. Beschreibung der Problematik

Die Europäische Kommission (EK) hat am 26. Februar 2020 im Rahmen des Europäischen Semesters die Länderberichte veröffentlicht. Diese Berichte analysieren die wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen in den Mitgliedstaaten und bewerten die Fortschritte bei der Umsetzung der im Vorjahr vorgelegten länderspezifischen Empfehlungen.

2. Neuausrichtung des Europäischen Semesters

Die Integration der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) – die auch viele soziale Ziele umfassen – in das Europäische Semester ist eine zentrale Zielsetzung der neuen EU-Kommission, „um Nachhaltigkeit und die Wohlfahrt der Menschen ins Zentrum der Wirtschaftspolitik zu rücken“¹. Die Maßnahmen und Fortschritte der Mitgliedstaaten in Bezug auf die UN-Ziele sollen in den Länderberichten, den nationalen Reformprogrammen und den länderspezifischen Empfehlungen ihren Niederschlag finden. Diesem Anspruch werden die aktuellen Länderberichte noch nicht gerecht. Die geänderte Struktur der Berichte beschränkt sich im Wesentlichen auf ein zusätzliches – relativ knapp gehaltenes – Kapitel zur ökologischen Nachhaltigkeit, das die im europäischen Grünen Deal enthaltenen Themen aufgreift sowie die Kennzahlen des SDG-Scoreboards von Eurostat. Diese werden jedoch in keine Analyse eingebettet, weder in Bezug auf die Wechselwirkungen zwischen den Zielen und Indikatoren im Scoreboard selbst noch mit anderen Teilen der Länderberichte. Insofern kann es sich nur um einen ersten Schritt in Richtung einer umfassenden und kohärenten Reform des Europäischen Semesters handeln, dem weitere folgen müssen.

Insgesamt schneidet Österreich im Hinblick auf die UN-Nachhaltigkeitsziele laut Länderbericht „im Großen und Ganzen gut ab“. Unter dem EU-Durchschnitt liegt Österreich jedoch bei Ziel 13 (Maßnahmen gegen den Klimaschutz), was auch im Umweltkapitel klar zum Ausdruck kommt. Österreich läuft Gefahr, seine Emissionsziele für Treibhausgase für 2020 zu verfehlen, ebenso das im Regierungsprogramm verankerte Ziel der Klimaneutralität bis 2040.

Im Zusammenhang mit dem Grünen Deal findet sich im Länderbericht auch erstmals eine Festlegung der Regionen mit hoher CO₂-Intensität, die beim Übergang zur Klimaneutralität vor schwerwiegenden sozio-ökonomischen Herausforderungen stehen und daher für eine Unterstützung durch den Fonds für einen gerechten Übergang in Frage kommen. Diese liegen in der Steiermark und in Oberösterreich.

3. Bewertung der Analyse der EU-Kommission – ausgewählte Punkte

In vielen Punkten teilt die AK die Analyse der EU-Kommission – ausgewählte Punkte:

- Ungleiche Vermögensverteilung und ungleiche Verteilung von Lebenschancen (ua Bildung)
- Schieflage im Steuersystem: erheblicher Spielraum für vermögensbezogene Steuern

¹Siehe Mitteilung der Europäischen Kommission „Der europäische Grüne Deal“, 11.12.2019

- Analyse der Schieflagen am Arbeitsmarkt: Ausgrenzungsrisiken bestehen vor allem für Ältere, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen. Auch die strukturelle Benachteiligung von Frauen – nicht nur am Arbeitsmarkt – wird an mehreren Stellen im Bericht kritisch angesprochen.
- Kritik der mangelnden Einbindung der Sozialpartner durch die türkis-blaue Bundesregierung – insbesondere bei der Sozialversicherungsreform und der Reform der Sozialhilfe.
- Die EU-Kommission sieht eine Notwendigkeit für den Ausbau der sozialen Infrastruktur (von Elementarbildung bis zur angespannten Personalsituation im Pflegebereich).

Ausgewählte Bereiche, die die AK anders als die EU-Kommission sieht:

- Zu optimistische Einschätzung der Wirkungen der Vorhaben des aktuellen Regierungsprogramms – zT werden unreflektiert scheinbare „Prioritäten“ der BReg erwähnt, die weder (ausreichend) budgetiert noch mit konkreten Zeitachsen unterlegt sind zB Bekämpfung der Kinderarmut, Integrationsmaßnahmen. Gleichzeitig werden absehbare Einschnitte im Sozialsystem nicht berücksichtigt (zB Sozialhilfe).
- Die AK sieht die Gesundheitsversorgung als eine tragende Säule der Gesellschaft und weist Forderungen nach Mittelreduktionen im Gesundheitsbereich scharf zurück. Dass die Fusion der Sozialversicherungsträger „Effizienzgewinne bewirken (dürfte)“ ist aus AK-Sicht eine grobe Fehleinschätzung, die Kommission übersieht hier die bereits prognostizierten Verluste der Krankenkassen.
- Die Kommission berücksichtigt bei ihrer kritischen Bewertung der öffentlichen Kosten in der Langzeitpflege weder die demographische Entwicklung noch die sozialpolitisch und volkswirtschaftlich positiven Effekte der Ausgaben.
- In Bezug auf die Angemessenheit der Pensionen wird das österreichische Pensionssystem gelobt. Gleichzeitig wird ein Reformbedarf bzw eine mangelnde „Zukunftstauglichkeit“ aufgrund der vermeintlichen Gefährdung der finanziellen Tragfähigkeit unterstellt. Aus AK-Sicht ist diese Einschätzung schlichtweg falsch, zudem gibt es klare Fortschritte bei der Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters und der gezielten Erhöhung niedriger Pensionseinkommen.
- Die Forderung der EU-Kommission nach einer Steuerautonomie für die Bundesländer wird klar abgelehnt.

4. Aktivitäten der AK

Eine umfassende Stellungnahme der BAK zum Länderbericht wurde an wichtige Akteure im Rahmen des Europäischen Semesters übermittelt. In der Stellungnahme wird die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass die zukünftigen Empfehlungen an Österreich fortschrittliche Lehren aus der Corona-Krise widerspiegeln. Das sollte insbesondere eine klare Abkehr von jenen – stetig wiederholten – Empfehlungen bedeuten, die auf einen substanziellen Rückbau jener wichtigen sozialstaatlichen Institutionen hinauslaufen, die sich nicht nur in Krisensituationen bewährt haben.

Konkrete Formate:

Stellungnahme, Fact Sheets DE/EN, A&W-Blogbeitrag, EU-Infobrief, diverse Publikationen (ua AK Wohlstandsbericht, der konkret die Wohlstandsmessung in Österreich ungleich besser abbildet als die EU-Dokumente)

TOP 3.7.6 Beihilfenbeschwerde gegen Slowenien wegen Sozialdumping

1. Beschreibung der Problematik

Wird ein Arbeitnehmer in einen EU-Mitgliedstaat entsendet, bleibt nach der Verordnung 883/2004 die Sozialversicherungspflicht im Entsendestaat aufrecht, wenn die Entsendung von Beginn an nicht länger als 24 Monate dauert. Basis für die Ermittlung der Sozialversicherungsbeiträge ist grundsätzlich das Entgelt, auf das der Arbeitnehmer einen arbeitsrechtlichen Anspruch hat (=Anspruchslohn). Das slowenische Sozialversicherungsgesetz weicht von diesem Grundsatz ab: **Die Beitragsgrundlage für die Sozialversicherung eines entsendeten Arbeitnehmers aus Slowenien richtet sich nicht nach dem Anspruchslohn, sondern danach, was der entsendete Arbeitnehmer für die gleiche Arbeit in Slowenien verdienen würde.** Dieser fiktive, slowenische Lohn ist aber jedenfalls wesentlich niedriger als die bezogenen Lohnsätze in den wohlhabenderen EU-Aufnahmeländern.

2. Auswirkungen

Slowenische Unternehmen, die ihre Arbeitnehmer ins EU-Ausland entsenden, haben aufgrund der niedrigeren Sozialversicherungsbeiträge für ihre Arbeitnehmer deutlich niedrigere Betriebskosten als österreichische Unternehmen. Das slowenische Sozialversicherungsgesetz gewährt Entsende-Unternehmen sohin einen deutlichen Wettbewerbsvorteil.

Verbotene staatliche Beihilfe:

Wenn staatliche Behörden öffentliche Gelder verwenden, um heimische Wirtschaftszweige oder einzelne Unternehmen zu stützen, erzeugen sie dadurch unlautere Vorteile gegenüber vergleichbaren Branchen in anderen EU-Ländern. Solche Beihilfen schaden dem Wettbewerb und führen zu grenzüberschreitenden Handelsverzerrungen. Es ist Aufgabe der EU-Kommission, dies zu verhindern. Staatliche Beihilfen dürfen nur dann geleistet werden, wenn sie der Gesellschaft oder der Wirtschaft als Ganzes dienen. Andernfalls sind sie laut EU-Recht verboten.

Bei der slowenischen Regelung handelt es sich um eine solche verbotene Beihilfe. Das slowenische Sozialversicherungssystem steht unter staatlicher Kontrolle. Die Verwaltung dieser Mittel ist daher dem Staat zuzurechnen. Der slowenische Staat gewährt eine Beihilfe durch Verzicht auf Einnahmen von Entsende-Unternehmen, indem er sie von Kosten befreit, die vergleichbare Wirtschaftsteilnehmer zu tragen haben.

3. Stand der Verhandlungen

Die **Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH)** hat am **01.02.2019** zwei formelle Beschwerden gegen Slowenien bei der Europäischen Kommission eingereicht. Die erste Beschwerde wurde an EU-Kommissar Bieńkowska wegen eines Verstoßes gegen die Regeln eines fairen Binnenmarktes gerichtet. Die zweite Beschwerde wurde bei der Generaldirektion Wettbewerb gegen Slowenien wegen Gewährung staatlicher Beihilfen eingereicht. In weiterer Folge brachten die **BAK** (16.05.2019), der **EGB** (20.05.2019) und die **IG BAU** (24.10.2019) eigene Beschwerden in derselben

Causa bei der EU-Kommission ein. Der **ÖGB** (16.07.2019) und der **DGB** (10.10.2019) richteten Briefe an die EU-Wettbewerbskommission, in welchen sie die Beschwerde der EFBH unterstützten.

Zusätzlich brachte ein österreichischer Unternehmensverband – der **Güteschutzverband für Bewehrungsstahl** (15.10.2019) – mit Unterstützung der BAK, ebenfalls eine Beschwerde gegen Slowenien ein. Der Güteschutzverband für Bewehrungsstahl ist der Verband der 16 größten österreichischen Biege- und Verlegeunternehmen. Diese verstärken Fundamente und Mauern aus Beton mittels Bau-stahl. In dieser Branche, in der die Personalkosten einen besonders hohen Anteil an den Gesamtkosten ausmachen, ist eine Wettbewerbsverzerrung zu Gunsten von slowenischen Mitbewerbern deutlich spür-bar.

Im Dezember 2019 leitete die Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission ein Ermittlungs-verfahren gegen Slowenien ein. Am 15.1.2020 fand ein Termin zwischen Carles Esteva Mosso, dem stellvertretenden Generaldirektor der GD Wettbewerb und Vertretern der AK (Lena Karasz, Peter Hil-pold), des DGB (Susanne Wixforth), der Gewerkschaft Bau Holz (Josef Muchitsch), des EGB (Isabelle Schömann), des ÖGB (Oliver Röpke, Ariadne Mavrikola) und des Güteschutzverband für Bewehrungs-stahl (Herbert Bartosch) in Brüssel statt. Muchitsch und Bartosch erläuterten die nachteiligen Effekte der slowenischen Regelung für österreichische Unternehmen und Beschäftigte.

Da die GD Wettbewerb im Zuge des Termins am 15.01.2020 zugesichert hatte, dass während des laufenden Ermittlungsverfahrens weitere Evidenzen gegen Slowenien vorgelegt werden dürften, gab die AK am 30.01.2020 ein Rechtsgutachten bei WOLF THEISS Rechtsanwälte in Ljubljana in Auftrag. Dieses Rechtsgutachten unterfüttert die Argumentation der Beschwerdeführer gegen Slowenien. Nach einer sorgfältigen Prüfung der slowenischen Rechtslage bestätigt und belegt das Gutachten die selektive Begünstigung von slowenischen Unternehmen bei Entsendungen. Das Rechtsgutachten wurde der GD Wettbewerb am 14.02.2020 von der BAK übermittelt.

Die AK hat zudem beim BMASGK um einen Termin bei BM Rudolf Anschober für Ende März 2020 angesucht, um das Rechtsgutachten zu präsentieren.

4. Position der AK

Die selektive Begünstigung von Entsende-Unternehmen durch das slowenische Sozialversicherungs-gesetz verzerrt den grenzüberschreitenden Handel in der EU und ist daher von der GD Wettbewerb der EU-Kommission als verbotene staatliche Beihilfe zu qualifizieren.

Die Sicherstellung von fairen Wettbewerbsbedingungen bezüglich Lohnnebenkosten ist eine Voraus-setzung für das Funktionieren des EU-Binnenmarktes. Fairer Wettbewerb basiert auf Wettbewerbs-gleichheit zwischen Entsende-Unternehmen und Unternehmen im Zielland, die an Mindestlohnregelun-gen und Kollektivverträge gebunden sind.

Die Bemühungen der EU-Kommission sollten darauf abzielen, den Einsatz von Arbeitskräften über Län-dergrenzen hinweg in einem Klima des fairen Wettbewerbs und des Respekts für die Rechte von ent-sendeten Arbeitnehmern sicherzustellen.

TOP 3.7.7 AK Erfolg bei digitaler Vignette und geringfügigen Mautvergehen

1. Beschreibung der Problematik

Wer in Österreich die Autobahn mit einem Pkw benützt, kann neben der „Klebevignette“ die Maut auch online entrichten. Diese digitale Vignette gilt dann aber nur für das eingetragene Kfz-Kennzeichen. Nicht wenige vergessen aber ein geändertes Kfz-Kennzeichen (va beim Umzug in einen anderen politischen Bezirk) bei der ASFINAG umzuregistrieren. Darüber hinaus ist es immer wieder beim Online-Erwerb der digitalen Vignette zur falschen Eingabe des Kfz-Kennzeichens („Zahlensturz“) gekommen. Laut internen Zahlen der ASFINAG beliefen sich diese Mautstrafen für Bagatelldelikte ohne Betrugsabsicht im Jahr 2019 auf 4 Millionen Euro.

2. Auswirkungen

Eine nicht-mautkonforme Vignette wird bei jeder Auffahrt auf die Autobahn mit einer Ersatzmaut von 120 Euro geahndet. Da zwischen Detektion und Zustellung einer Ersatzmaut bis zu sechs Wochen vergangen, hatten kleine Maut-Vergehen bei der Vignette für AK-Mitglieder durch Kumulierung manchmal überharte Konsequenzen. Eine vergessene Umregistrierung einer digitalen Vignette konnte beispielsweise Ersatzmaturen in der Höhe von bis zu 360 Euro nach sich ziehen.

3. Stand der Verhandlungen

Aufgrund zahlreicher Beschwerden von AK-Mitgliedern wurde im Mai 2018 erstmals eine informelle Vereinbarung zwischen AK und ASFINAG erzielt. Diese bestand in einer Kulanzierung von „Bagatellfällen“, die jedoch rechtlich nicht abgesichert war und in der Praxis teilweise auch willkürlich vorgenommen wurde. Auf Drängen der AK bei ASFINAG und BM Gewessler wurde daher eine gründliche Überarbeitung der Mautordnung gefordert, die schließlich am 27. März 2020 verlautbart wurde. Die erzielten Änderungen im Detail:

- Eine gültige Jahresvignette kann weiterhin auf ein neues Kennzeichen umregistriert werden. Voraussetzung hierfür sind Umzug in einen anderen politischen Bezirk, Diebstahl eines Kfz oder Kennzeichens, Pkw-Totalschaden, Zuweisung eines neuen Kennzeichens wegen Unleserlichkeit und Zuweisung eines bzw Verzicht auf ein Wunsch Kennzeichen. Achtung: Die Rückgabe eines Kfz-Kennzeichens bei Abmeldung eines Pkws und die (spätere) Zuweisung eines neuen Kennzeichens zB bei Kauf eines neuen Pkws ist kein Tatbestand für eine Umregistrierung. Grund hierfür sind datenschutzrechtliche Bestimmungen, die der ASFINAG keine Einsicht in die Kfz-Datenbank des Bundesministeriums für Inneres gewähren.
- Haben BenützerInnen bei einer Fahrt am ASFINAG-Netz vergessen, die rechtlich vorgesehenen Möglichkeiten einer Umregistrierung ihrer Jahresvignette vorzunehmen, werden sie mit maximal einer Ersatzmaut á 120 Euro bestraft. Bei der Umregistrierung fällt jedoch keine Gebühr von 18 Euro an.
- Falsche Eingabe des Kfz-Kennzeichens beim Erwerb einer digitalen Jahresvignette („Zahlensturz“): Bei Ahndung wird eine Ersatzmaut vorgeschrieben und, sofern nach einer Intervention

beim ASFINAG-Servicecenter bei einer Einzelfallprüfung keine Betrugsabsicht festgestellt wird, soll dies mit keiner Ersatzmaut geahndet werden. Die Enforcement-Praxis in den nächsten Monaten wird zeigen, wie diese Auslegung gehandhabt wird.

- Probleme beim Zeitraum zwischen Kauf und Beginn der Gültigkeit einer Jahresvignette („18-Tage-Regelung“): Wird das ASFINAG-Netz vor Beginn der Gültigkeit einer Jahresvignette benutzt, muss bei Ahndung maximal eine Ersatzmaut bezahlt werden, sofern beim ASFINAG-Service-Center interveniert wird.
- Haben BenützerInnen keine gültige Jahresvignette bei einer Fahrt am ASFINAG-Netz, können sie bei Ahndungen innerhalb eines Zeitraums von 30 Tagen mit maximal drei Ersatzmaturen á 120 Euro bestraft werden. Bei Nicht-Bezahlung einer Ersatzmaut werden auch maximal nur drei Anzeigen bei einer Bezirksbehörde vorgenommen. Damit unterbindet automatisch die Mautordnung höhere Strafen für Mautprellerei. ASFINAG-intern sollen aber in Zukunft die Ersatzmautforderungen innerhalb von maximal 21 Tagen zugestellt werden.

4. Position/Forderung der AK

Bei der Entrichtung der Maut muss grundsätzlich jede/r die notwendige Sorgfalt walten lassen. Geringfügige Mautvergehen ohne Absicht zur Mautprellerei dürfen jedoch nicht exzessiv bestraft werden.

TOP 3.7.8 170 Arbeitsplätze bei SECOP in Fürstenfeld gerettet

1. Beschreibung der Problematik

Am 12. April 2019 genehmigte die Kommission die Übernahme von Embraco, der Kühlkompressorensparte von Whirlpool (USA), durch Nidec (japanischer Elektromotorenkonzern) nur unter der Auflage, dass Nidec das Werk in Fürstenfeld („Nidec - Global Appliance Austria GmbH“) sowie Werke in der Slowakei und China veräußert. Ferner verpflichtete sich Nidec, dem Käufer erhebliche Kapitalunterstützung für künftige Investitionen in die Anlagen bereitzustellen. In den Standort Fürstenfeld sollten € 32 Mio investiert werden. Durch großteils automatisierte Produktionslinien und ein Kompetenzzentrum hat sich Fürstenfeld in den vergangenen Jahren als Hochtechnologie-Standort im Nidec-Konzern etabliert. Sogar von Ausbauplänen mit der Aussicht auf zusätzliche 600 MitarbeiterInnen war die Rede. Insgesamt wurden 2019 2,3 Mio Kühlkompressoren der Linien „Kappa“ und „Delta“ produziert.

Die abzugebenden Nidec-Werke wurden im April 2019 an den Private Equity Fonds ESSVP IV mit Sitz in Guernsey, beraten durch die deutsche Finanzfirma Orlando Management AG, verkauft. Der Käufer verpflichtete sich, alle EU-Auflagen zu erfüllen und benannte das Werk in Secop Austria GmbH um (Name des Unternehmens vor der Übernahme durch Nidec im Jahr 2017). Nur wenige Monate nach der Übernahme verkündete Secop Austria, die Kühlkompressoren-Herstellung im Werk Fürstenfeld einzustellen und die Produktion nach China und in die Slowakei zu verlagern. Für die betroffenen rund 250 Beschäftigten sowie für die ohnehin wirtschaftlich schwache Region ein schwerer Schlag.

2. Interventionen bei der EU-Wettbewerbskommission, Protestmarsch der Belegschaft

Bereits während der Prüfphase des Zusammenschlusses hat die steierische Arbeiterkammer massive Bedenken gegen die geplanten Auflagen der EU-Kommission geäußert und auf die Bedeutung des steierischen Nidec-Standortes für die Beschäftigten und die Region hingewiesen. Präsident Pessler, AK-Stmk, hatte auch die Möglichkeit, mit der für Wettbewerb zuständigen Kommissarin Magrethe Vestager persönlich zu sprechen. Dabei versicherte die Kommissarin, die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Werkes jedenfalls sicherzustellen.

Für alle Beteiligten kam demnach die Ankündigung des neuen Eigentümers, das Werk in Fürstenfeld schließen zu wollen, völlig überraschend und war nicht zu akzeptieren. Im November 2019 organisierten Secop-MitarbeiterInnen mit Unterstützung der Gewerkschaft einen Protestmarsch durch die Stadt. Die AK-Wien (Christa Schlager) hatte im Rahmen eines bereits länger geplanten Arbeitsbesuches bei Kommissarin Vestager, im November 2019, ebenfalls die Möglichkeit, auf die dramatische Entwicklung im Werk Fürstenfeld – noch dazu vor Weihnachten – aufmerksam zu machen und die Frage aufgeworfen, inwieweit das von Orlando gesetzte Verhalten mit der von der EU-Kommission getroffenen Entscheidung vereinbar sei. Kommissarin Vestager, die sichtlich betroffen war, erklärte, dass die EU-Kommission vollumfänglich den gesamten Prozess überprüfe und der Ausgang völlig offen sei.

3. Nidec will Kompressorensparte zurückkaufen – Belegschaft setzt Eigentümer mit Warnstreiks unter Druck – Rückverkauf der „Delta-Linie“ und 170 Arbeitsplätze gerettet – EU-Kommission muss noch zustimmen

Noch während der Prüfphase durch die EU-Wettbewerbskommission erklärte Nidec sich bereit, die Kompressorensparte von Orlando (Fonds ESSVP IV) wieder rückzukaufen, vorausgesetzt, dass man sich mit der EU-Kommission und Orlando (Fonds ESSVP IV) einigen könne. Auch in dieser Phase hat Präsident Pessler sich an die EU-Kommission gewendet und dringend ersucht, einem möglichen Rückkauf nicht im Wege zu stehen. Mehrere Warnstreiks der Belegschaft mit Unterstützung der Gewerkschaft PRO-GE haben wesentlich dazu beigetragen, dass im April 2020 Nidec und Secop eine Vereinbarung über den Rückverkauf der Delta-Produktionslinie (variable Kompressoren) an Nidec unterzeichneten. Durch den Rückkauf der „Delta-Linie“ konnte der Verkauf der „Delta-Technologie“ nach China verhindert und das Kompetenzzentrum in Fürstenfeld gesichert werden. Ein Großteil der Research-MitarbeiterInnen kann ebenfalls zu Nidec wechseln.

Laut OTS-Meldung vom April 2020 wird Nidec rund 40 MitarbeiterInnen für die Delta-Produktion und weitere 47 MitarbeiterInnen für die Produktion von Motoren für Wasch- und Geschirrspülmaschinen übernehmen. Secop will seine Konzernzentrale im Raum Fürstenfeld und über 80 MitarbeiterInnen behalten. Damit können rund 170 Arbeitsplätze am Standort Fürstenfeld erhalten bleiben.

Die Kappa-Linie (110 MitarbeiterInnen) soll in die Slowakei verlagert werden, diese Produktionslinie will Secop keinesfalls verkaufen. Die Belegschaft, Gewerkschaft und Arbeiterkammer wollen sich weiter für den Erhalt der Produktion der „Kappa-Linie“ in Fürstenfeld einsetzen und der Diskussionsprozess ist bedingt durch die aktuelle Covid-19 Krise noch nicht abgeschlossen. Derzeit werden allerdings Sozialpläne für die betroffenen MitarbeiterInnen erarbeitet.

Eine Zustimmung der EU-Kommission für den Rückkauf der „Delta-Linie“ wird für Mai 2020 erwartet.

4. Bewertung

Als Querschnittsmaterie hat die Wettbewerbspolitik – und hier insbesondere die Fusionskontrolle – Einfluss auf andere Politikfelder, wie etwa Industrie- und Regionalpolitik, Beschäftigungs- und Forschungspolitik. Gerade der Fall Nidec/Embraco zeigt, dass Fusionskontrollentscheidungen massive Auswirkungen auf Produktionsstandorte und Arbeitsplätze haben können. Im Rahmen einer anstehenden Reform der EU-Fusionskontrolle fordert die AK daher bei der Prüfung von Zusammenschlüssen einen ganzheitlichen Prüfungsansatz und stärkere Berücksichtigung des potentiellen Wettbewerbs aufgrund der Digitalisierung und Globalisierung. Ebenso wird eine Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte durch eine verpflichtende frühzeitige Einbindung der betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretungen in das EU-Fusionskontrollverfahren gefordert.